

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig, Pfenning  
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfenning

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden,  
in Deutschland 3,00 Goldmark, durch die Post 3,50 Gulden  
monatlich. Anzeigen: die 2-gep. Zeile 0,30 Gulden, Re-  
klamengelle 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Gold-  
mark. Annoncen- und Inseratenanträge in Polen  
nach dem Danziger Taxaturs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 17

Mittwoch, den 21. Januar 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3290

## Abrechnung mit dem Monarchistenkabinettt Luther.

### Die Aussprache im Reichstag über die Regierungserklärung.

Demokrat Rönneburg: „Noch eine solche Rede und Luther ist verloren.“

Dr. Wirth (Zentrum): „Er ist es jetzt schon.“

Dieses laute Zwiegespräch, das am Ende der Bestatigung der Reichsregierung im Reichstag zwischen dem bisherigen demokratischen Minister Braunschweig und dem früheren Reichskanzler des Zentrums geführt wurde, charakterisiert zu einem guten Stück die Stimmung, die nach dem Redekampf zwischen Breitsheld und Luther das Haus bis an die Grenzen der Deutschen Volkspartei beherrscht: Luther ist demas- fiziert!

Breitsheld hat in einer großen, klassischen Parla- mentarischen Rede, wie sie auch nach bürgerlichem Urteil der Reichstag seit langem nicht mehr erlebt hat, gezeigt, welche Lasten hinter Luthers wortreicher Predigt stehen. Der deutschnationale Stolz, sich endlich wieder in der Regierung zu wissen, und die eitle Selbstgefälligkeit Luthers, der adels- stolz von dem Reichspräsidenten den Grafentitel ver- langte, kamen unserem Redner zu Hilfe. Als er das neue Reichskabinettt durch eine kritische Schilderung der darin vertretenen Persönlichkeiten „eine Stuppe zur Errichtung der Monarchie“ benannte, rief man ihm aus den Reihen der Deutschnationalen kräftig zu: „Gott sei Dank!“ Entsetzen auf der Ministerbank, wo man die schwarz-wei- ße rote Kaiserkrone noch nicht zu zeigen wagt. Verlegenheit auf dem Antlitz des Herrn Stresemann, der im Auslande mit seinen monarchistischen Regierungsbürokraten keinen Staat machen kann. Verlegenheit bei der Deutschen Volkspartei über die Offenherzigkeit der langmuhrigen Biedeltheiten. Aufschäumende Entrüstung im Zentrum, und ein brauender Beifallssturm der Sozialdemokraten, der minutenlang das deutschnationale Bekenntnis unterbricht, dieses freche Wort irgendeines politischen Landknechtes: „Ja, diese Regierung ist eine Stuppe zur Monarchie! Gott sei Dank, so ist es!“

Die erste ministerielle Rede der Deutschnationalen hielt der als vollkommener Fehlprediger beliebte Graf von Betharp. Noch am vergangenen Sonntag hat er im Schwabenerlande gegen den Dawes-Skavensvertrag geholt. Heute muß er sich für seine Erklärung einsetzen. „Jahrelang ist er von den völkischen Junglingsvereinen umjubelt worden, an- deren Schulung die Würder Rathenau und Erbergers hervorgegangen sind. Heute muß er seine Reverenz der republikanischen Verfassung erweisen, die man vergeblich zu menschen versuchte. Für einen Mann von Charakter eine unmögliche Aufgabe, ein Beginnen, das nur zu leichten ist, wenn zu einer eifernden Stirn jungerliche Gewissenslosigkeit hinzutritt. So hielt denn dieser Betharp im Rahmen einer Rede eigentlich zwei grundverschiedene, unversöhnliche Reden, selbstverständlich aus derselben tiefen Ueberzeugung: eine zur Rettung der eben erst eingewonnenen und schon bedrohten deutschnationalen Ministerliste und eine für die betrogenen Wähler im Lande, die verblüfft schon zu merken sich anfangen, daß die Deutschnationalen ihren kraftvollen germanischen Botensworten einen großen moralischen Kater, aber keine nationalen Taten folgen lassen.

Nach Breitshelds schneidige Angriffssprache die oppositionelle Führung an sich, so ist von der Erklärung, die der Zentrumsrepublikaner Fehrenbach vortrug, zu sagen, daß sie in einem Lande mit parlamentarischer Tradition zu einem Lobeshoch für die Regierung geworden wäre. Man ermäge: Diese Regierung lebt nur von der Gnade des Zentrums. Dieses Zentrum hat sich — leider — zu einer die Dinge verästelnden Billigungsformel herbeigelassen. Nun aber kommt der Zentrumsführer mit einer Erklärung, die auf eine vollständige Formel gebracht, kaum anders lautet als: „Wir trauen Euch alles, nur nicht viel Gutes zu. Nun nehmt Euch in Acht und pariert auf das Wort. Weicht Ihr vom rechten Fische der Mitte ab, so holt Euch in derselben Stunde der Teufel!“ Die Erklärung wimmelte von Bedenken, von Vorbehalten, von ernsten und vielfachen Sorgen, von Feststellungen der Unzulänglichkeit und der Unzufriedenheit und schloß mit der diese Kabinettt ein- schließlich seines Zentrumsministers Brauns geradezu ent- würdigenden Bemerkung, daß das Zentrum sich auf nichts anderes einlasse, als diese Regierung die Arbeit beginnen zu lassen.

In eine unmögliche Position sind die Kommunisten ge- raten. Die Rede ihrer Führerin, Frau Gohle, genannt Ruth Fischer, wurde von den Redenden im Reichstag als eine willkommene feminine Abwechslung in der Vortrags- galerie angenommen. Die Sozialdemokraten lachten die kommunistische Sprecherin aus. Was anders sollen sie denn tun, wenn sie uns vorwirft, daß wir die monarchistische Re- gierung in den Sattel gehoben hätten. Die Kommunisten sind eine politische Sekte, die Sozialdemokraten eine poli- tische Kraft. Daß diese Kraft nun launisch wackelt und wie ein Gewittersturm die Stille im Reich reinigt, das ist die Hoffnung aller demokratischen und sozialistischen Freunde des Volkes und der Republik!

### Breitshelds Ankage.

Als erster Redner sprach für die Sozialdemokratie Gen. Breitsheld. Er erklärte, die geführte Rede sei eine Pro- grammsprache für eine Politik der mittleren Linie. Sie hätte ebensogut von einem Kabinettt Marx abgegeben werden können. Wenn das Programm aber dasselbe sei, dann ver- reche er nicht, warum Marx geführt worden sei. Dann wäre ja die ganze Krisenmacherei der letzten Monate ein Ver- brechen am Reich gewesen. Ich befürchte, daß die Rege- rungsmanöver des Herrn Stresemann mit den Deutschnationalen mit seiner eigenen Befehlshaber. Nicht am Parlamentarismus liegt die Schuld der langen Krise, sondern an der Tatsache, daß wir dieses Instrument noch nicht recht zu gebrauchen wissen. Ich frage den Außen- minister, ob es richtig ist, daß ein Kompromiß in der Räu- mungsfrage vorgeschlagen war, und ob man nicht durch Ver- handlungen etwas hätte erreichen können. Der Außen- minister scheint aber in der letzten Zeit mit innerpolitischen Parteiproblemen beschäftigt gewesen zu sein, hat er das?

sein eigenes Ressort vernachlässigt hat. Wir bedauern die Fortsetzung der Besetzung und die Art, wie sie veröffentlicht wurde, ohne daß uns die Verfehlungen im einzelnen mitge- teilt wurden. Wir warten die offizielle Note ab. Der Reichswehrminister dürfte den kindlichen Unfug der Zeit- freiwilligen bei der Reichswehr nicht dulden (Särm rechts.) (Abgeordneter Henning, Nationalsozialist, ruft: „Bekommen Sie diese Rede von Frankfurt bezahlt?“) Abgeordneter Dr. Breitsheld antwortet: „Sie Unmp!“ Viele sozialdemo- kratische Abgeordnete rufen Henning dasselbe zu. Henning erhält einen Ordnungsruf, sowie auch Dr. Breitsheld. Ge- nosse Dr. Breitsheld sagt weiter, von einem Zollkrieg werde das Kabinettt Herriot gefährdet. Er verlangt volle Aufklärung und Befolgung der jüngsten Finanzpläne. Es scheint aber, als wolle man die Republik durch die Art der Untersuchung kompromittieren, wie man in Magdeburg versucht habe, den Reichspräsidenten herabzusetzen. Seine Partei könne zu diesem Kabinettt nicht das Vertrauen haben, daß es die in der gestrigen Regierungserklärung abge- gebenen Versprechungen einlöse. Die jetzige Regierung sei als Stuppe auf dem Wege zur Monarchie zu betrachten. (Zurufe rechts: Gott sei Dank! — Große Bewegung links und Zurufe: Jetzt haben Sie sich verraten!) Unsere Partei werde diesem ausgeprägten Reichskabinettt in schärfster Opposition gegenüberstehen und werde gemeinsam mit den arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments alles an- setzen, um es durch eine republikanische Regierung zu er- setzen. — Von den Sozialdemokraten ist ein Antrag einge- gangen, welcher der Regierung das Mißtrauen des Reichs- tages ausspricht.

### Die deutschnationalen Heuchler.

In einer Betrachtung über die augenblicklich im Reichs- tag stattfindende große politische Aussprache schreibt das „Berliner Tageblatt“ u. a. folgendes: „Es war selbst für den politischen Gegner ein peinliches Schauspiel, zu sehen, wie die Deutschnationalen oben auf der Regierungsbank und unten im Sitzungssaal nicht mit der Wimper aufrücken, als all ihre angeblich „unverletzlichen“ Vorbehalte einer nach dem andern aufgegeben wurde. Es ist kaum vier Wochen her, da ließ es noch in den deutschnationalen Wahl- versammlungen lauthals, lauthals: Wenn ihr eine richtige, das heißt natürlich volle, Aufwertung haben wollt, wählt deutschnational. Gekern nicht man beifällig auf den deutschnationalen Banken, als Dr. Luther andeutete, daß die Aufwertung, wenn sie überhaupt kommt, sich in ganz ganz bescheidenen Grenzen halten wird. Noch vorgestern hatte die deutschnationale Presse im Zusammenhang mit der Kölner Frage gegen den Vertragsbruch der anderen ge- wöhnt und eine Politik schärfster Repressalien gefordert. Gekern stimmte man erleichtert Herrn Luther an, als er ansprach, was besonders von demokratischer Seite immer wieder verlangt worden ist: daß wir auf dem Wege von

Verhandlungen unter Recht durchsehen müßten. Und so ging es, Schritt um Schritt, weiter. Eben noch die milde Gebe gegen die schwarz-rot-goldenen Farben, jetzt das Einverständnis zur republikanischen Verfassung als rechtl- iger Grundlage. Und das Volk: sowohl in der Kriegs- schuldfrage wie in der Völkerbundfrage und in der Ent- waffnungsfrage ist alles, was die (jeden mit allen Mitteln geführte Regierung Marx getan hat, so gut und richtig, daß man es sorgsam behüten, ausbauen und fortsetzen will!“ — — — Das sind die Heuchler von gestern!

### Nationalistenblock in Bayern.

#### Ludendorff ausgeschlossen.

Von nationalsozialistischer Seite wird die Aufhebung eines seit dem Hitler-Putsch bestehenden Verbots der Na- tionalsozialistischen Partei für Bayern als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Hitler habe die Auflage, daß die Partei in den nächsten Tagen freigegeben wird. Es liegt nahe, diese Auflage auf die persönliche Aus- sprache Hitlers mit dem Ministerpräsidenten Dr. Gölz zurückzuführen. Daß auf der anderen Seite die Kommu- nistische Partei in Bayern verboten bleibt, verheißt sich bei der heutigen politischen Reorganisation von selbst. Offenbar hofft man eine neue Einheitsfront der nationalsozialistischen Bewegung aufbauen zu können. Die alle vaterländischen Verbände, vom bayerischen Heimats- und Königsbund und von dem gleichfalls blaumeißigen Pittnager- bund „Bayern und Reich“ bis zur „Reichsflagge“ und bis zu Hitler umfaßt, aber Ludendorff und seinen An- hänger nicht einbezieht. Der Parteivorsitzende Schulz der österreichischen Nationalsozialisten, der letzter Tage in München weilte und den Wiener Parteiführern Hitlers Mahnung zur Rückkehr auf den alten nationalsozialistischen Kurs übermittelte, wiederholte förmlich bei dieser Ge- legenheit die Behauptung, daß einig und allein der Hitler- Putsch vom 8. November das auf vier Tage später selb- gestellte Loslösen der Rahr-Gruppe veranlaßt habe.

Ueber seine Einstellung hat Hitler seinem Wiener Freund gegenüber folgende Aufklärung gegeben: Auf Grund der jetzt betriebenen Politik wird Deutschland in einigen Jahren alle seine Randgebiete verlieren, so daß es immer mehr der Verflachung verfällt. Die angebliche Räumung der be- setzten Gebiete ist nichts als ein Schwindel. Wenn auch vielleicht einige Orte nach und nach geräumt werden, so wird dafür die Polizeiaufsicht der Entente in Deutschland in anderer Richtung verstärkt werden. Wenn das so weiter geht und nicht zur Tat geschritten wird, dann sinkt Deutsch- land zu einem Zwerghaare herab. Demgegenüber gibt es nur die Organisation des nationalen Widerstandes. Sein schärfster Kampf gelte nach wie vor der marxistischen Be- wegung.

## Südeuropäische Bauerntragödie.

### Die jugoslawische Staatskrise.

Stjepa Radic, der Führer der kroatischen republikanischen „humanistischen“ Bauernpartei, gekern noch ein mächtiger Mann und der Abgott der kroatischen Bauern, ist seit eini- gen Tagen hinter Schloß und Riegel; alle Unterführer seiner Partei, Dr. Predavec und Macel und andere sind schon früher von den Schergen der Belgrader Regierung verhaftet worden. Ante Trumbic, der gewesene Außenminister des jugoslawischen Staates, der bei der südslawischen nationalen Revolution eine ähnliche Rolle spielte, wie etwa Venes bei der tschechoslowakischen, wird diesem Schicksal auch nicht ent- gehen. Polizei und Gendarmerie Jugoslawiens ist mit einer großen Kreibjagd auf politisierende Bauern nicht nur in Kroa- tien, sondern in Slowenen, Bosnien, Dalmatien, Süd- serbien befaßt und die Zahl der Verhafteten beträgt schon einige Tausend. Aus jedem Dorf holen sich die Polizeibehörden des Herrn Vojac-Präsidenten, der P.-P.-Regierung, die Bauern und die sich ihnen angehängten Intellektuellen, die ihnen bei den am 6. Februar stattfindenden Wahlen gefährlich sein könnten; die Parteiorganisationen werden aufgelöst, die Parteipresse vollkommen unterdrückt, die Gerichte beschlie- ßen, daß die Bauernpartei ungesetzmäßig und staatsgefährlich sei und folglich werden die Kandidaten der Partei von den Wahlbehörden zurückgewiesen, so daß die Partei gar nicht in die Lage kommen wird, sich an den kommenden Wahlen zu beteiligen, und mit diesen Mitteln wird es vielleicht, aber auch nur vielleicht, der Regierung P.-P. gelingen, in der Schwelgerei eine ernannte Mehrheit zuhause zu bringen. Daß ähnliche Methoden gegen die Arbeiterpartei angewendet werden, daß das Schandgericht, das diese Verfolgung ermög- licht gegen die kommunistische Bewegung vor drei Jahren beschloffen wurde und zur vollkommenen Unterdrückung der Arbeiterbewegung, nicht nur der kommunistischen führte, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Würde es sich aber nur um eine gewalttätige Wahlbewegung handeln, in der sich eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Regierung das Feigenblatt des Parlamentaris- mus holen will, um die ausländischen Gläubiger nicht vor den Kopf zu stoßen, dann wäre es auch schlimm genug, aber angeht es all denen, was man in den letzten Jahren in Ita- lien, Ungarn, Rumänien erlebte, würde dies kaum ein Er- eignis sein, das eine besondere Beachtung verdienen würde. Es ist ja namentlich eine Gefährlichkeit der Nachkriegszeit geworden, daß die bürgerlichen Schichten ihre Herrschaft nur in der einen oder anderen Form der Diktatur aufrechtzer- halten können. Die Ereignisse in dem S.-S.-Staate haben aber sowohl auf nationaler, als auch auf sozialer Geschäfts- sache noch eine besondere Bedeutung. Der Zerfall des süden großen Nationalitätenstaates

durch Krieg und Revolution, Oesterreich-Ungarns und Rus- lands, war für die zu selbständigem staatlichen Leben auf- steigenden Völker das Signal der nationalen Revolutionen. Vom Baltischen bis zum Schwarzen und Ägäischen Meer entstand eine ununterbrochene Kette von neuen National- staaten und über die alten Staatsgrenzen hinweg vollzog sich die nationale Befreiung und Vereinigung der verwand- ten Stämme und Völker zu neuen Staaten. Aber es zeigt sich schon heute, daß diese auf konterrevolutionärem Wege, durch den Krieg und den imperialistischen Frieden vollzogenen nationalen Revolutionen noch viel weniger eine Ver- wirklichung der berechtigten nationalen Bestrebungen der früher unterdrückten Völker brachten, wie etwa die durch Bismarck und die preussischen Bajonette her- gestellte deutsche nationale „Einheit“ von 1871. Aber fast alle Stämme und Nationen, die durch die „nationale Revolution“ der Friedensverträge befreit worden sind, stehen in hellem Kampf gegen den Staat und gegen die nationale Einheit, denen früher alle ihre Seh- suchten galten. Die Slowaken führen einen erbitterten Kampf gegen die Tschechen; die siebenbürgischen Rumänen gegen die des alten Königreiches; aber nirgendwo ist diese Auslebung so stark und so weit entwickelt, wie in Jugoslawien, was um so merkwürdiger ist, als ja das „jugoslawische Piemont“ eigentlich der Ausgangspunkt all dieser nationalen Revolu- tionen und des Krieges im Osten selbst gewesen ist. Radic und die kroatische Bauernpartei sind die Träger dieser Aufle- bung, allmählich schlossen sich ihnen die Slowenen, die mo- nachemantischen Serben, die an Zahl weniger bedeutenden Magyaren und Schwaben an. Die serbische Armee, die Bureaucratie, der Hof, die aufsteigende Bourgeoisie und die nationalsozialistische Bauernschaft Altserbiens fühlten sich als die Träger der nationalen Revolution und wollten naturgemäß auch ihre Kandidaten sein.

Die heutigen einen zentralisierten Staat auf, förderten mit den Mitteln der Staats- und Industriepolitik Belgrad und drängten Kram und Laibach zurück, die früher, obwohl Pro- duktabente, doch einen viel entwickelteren baltischen Charak- ter hatten, als die Balkanstadt Beograd; Kram war früher der Sitz der kroatischen, Laibach der des slowenischen Land- tages und gewissermaßen in gewissen Dingen eine viel größere Autonomie, als in dem einheitslichen S.-S.-Staate, dessen Glanz und Macht durch die Erhebung Belgrads zur Metro- polis eines großen Landes wurde. Aus allen diesen Gründen entstand die föderalistische Bewegung, deren Vorkämpfer Radic wurde, dem es aber allmählich gelang, die anderen nicht-serbischen Stämme um sich zu fassen. Macht- und staatspolitisch ist also die jetzige Krise ein Kampf zwischen



Danziger Nachrichten

Der Völkerbundsrat zum Postkonflikt.

Behandlung auf der Märztagung?

Aus Genf meldet uns W.F.B.: Der Direktor der Verwaltungsabteilung des Völkerbundsrates, in der die Danziger Fragen bearbeitet werden...

Der Bericht ist geheim gehalten, soll aber morgen den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, sowie der Regierung der Freien Stadt Danzig...

1. Ist Polen berechtigt gewesen, Briefkästen im Danziger Gebiet anzubringen?

2. Ist der Völkerbunds-Kommissar zu den Verwaltungsmaßnahmen für die Entfernung der Briefkästen berechtigt?

Diese Meldung aus Genf bedarf insofern der Ergänzung, als der Rat des Völkerbundes sich mit der Frage der Berechtigung einer polnischen Posteinrichtung in Danzig...

Das Ende des Fuchschwindels.

Unser vernichtendes Anprangern seines unlauteren Konkurrenzmanövers, weiß das „edle Organ für Anstand und Sittlichkeit“ in der Breitgasse nichts besseres entgegenzustellen...

Wir stellen zum Schluß nur noch einmal kurz und bündig fest:

- 1. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ haben ihre Behauptung, daß wir von ihnen eine Meldung nachgedruckt haben, selbst berichtet.
2. Wir haben unsere Meldungen aus eigenen Informationen.
3. Die „D. N. N.“ haben ihre Behauptungen selbst, durch Einleitung der weiteren Veröffentlichung ihrer Schwindelnotiz, als unzutreffend anerkannt.
4. Der Vorstoß gegen uns ist einwandfrei als Konkurrenzmanöver festgestellt.

Das sind Tatsachen, an denen nicht zu rütteln ist.

Die Kündigung langfristiger Miet- und Pachtverträge.

Der Rechtsausschuß stimmte mit 11 Stimmen gegen die Annahme der Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf des Senats betreffs Kündigung langfristiger Miet- und Pachtverträge zu.

Gesuchen auf der Danziger Messe.

Sie schon mitgeteilt, wird der Allgemeine Schwedische Exportverein, Stockholm, auch auf der bevorstehenden III. Danziger Internationalen Messe vertreten sein.

Erwerbslosendebatte in der Stadtbürgerchaft.

Ablehnung berechtigter Forderungen. Die Internationale im Rathausaal. Aufnahme von Notstandsarbeiten.

Die gestrige erste Sitzung der Stadtbürgerchaft im neuen Jahre sah viele bürgerliche Stadtbürgerchaftsmitglieder im festlichen Gewande, denn im Anschluß an die Sitzung war zu einem „Bescheiden“ awanglosen Beisammensein im Ratssäal eingeladen.

Die Sitzung wurde von dem 1. Vorkteher Brunzen eröffnet, woran der Alterspräsident Lange (Deutschnat.) den Vorsitz übernahm, um die Neuwahl des Präsidiums zu leiten.

Forderungen der Erwerbslosen.

Bevor in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung eingetreten wurde, kam ein Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion auf Befreiung der Erwerbslosen mit Kartoffeln und Kohlen in der gleichen Weise, wie sie andere Unternehmungskonkurrenzen erhalten haben...

Ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien.

Stadtb. Grok (Deutschnat.) erklärte, den Antrag nicht als dringlich anerkennen zu können. Man müßte erst das Schicksal des ersten Antrages abwarten. Die Stadtb. Weber II und v. Malachinski (K.) traten für sofortige Befreiung des Antrages ein.

Stadtb. Gen. Runze trat entschieden für sofortige Verabreichung ein. Im Anschluß sei ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden, aber seltenerweise nicht auf die Tagesordnung der Sitzung gestellt worden.

Federhämmer, Sägen aller Art, Koffer und Sämlampen, Nebengeräte, Sägen, Seilziehmaschinen, Viehreizmaschinen, Holzbohrer, Dampfbohrer, elektrische Schweißapparate, Maschinen und Apparate für Zellulose, Papier- und Spiritusfabriken...

Die Verwaltung des Freihafens von Ralswiek wird Anlagen der dortigen Hafenanlagen zur Ausstellung bringen. Alles in allem wird die schwedische Abteilung sicherlich ein großes Interesse erwecken.

Sowjetischer Besuch im Hafen.

Zum ersten Male seit 1914 hat wieder ein russisches Schiff den Danziger Hafen angeseilt. Vor der Buderer Raffinerie in Reinfahrwasser liegt der etwa 2000 Tonnen große russische Dampfer „Sowjet“, der Jaster löhlt.

Entdeckung einer unterirdischen Gasquelle. Als man in voriger Woche auf dem Klosterberge in Granzow bei Wittenberge Bohrungen vornahm, um einen Brunnen anzulegen, fand der Bohrer vornehmlich, nachdem man sich 17 Meter langsam durchgearbeitet hatte, 1 Meter tiefer...

laufende Unterstüßung. Der Redner richtete an das Haus den dringenden Appell, den Antrag sofort zu verabschieden. Leider vergebens. Mit 19 gegen 26 Stimmen wurde die Dringlichkeit des Antrages verneint.

Protest der Arbeitslosen.

Schon bei den Ausführungen der bürgerlichen Redner machten die Erwerbslosen auf der Zuschauertribüne ihren Unmut durch Zurufe laut, so daß der Vorsitzende Brunzen mit der Räumung der Tribüne drohte.

Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, schritt das Haus zur Wahl von Vorkteher- und Waisenkommissionsvorsitzern. In den Wohnungsausschuß wurde an Stelle der Genossin Prillwich Gen. Stawicki entsandt.

Notstandsarbeiten und Arbeiten der Tiefbauverwaltung.

waren alsdann Gegenstand der Beratung. Um die Arbeitslosigkeit zu lindern, sind eine Reihe von Erdarbeiten und Straßenbauten geplant. Wir haben darüber im einzelnen bereits berichtet.

Zur größten Überraschung des Hauses brachte Redner alsdann eine Entschließung ein, die den Senat auffordert, der Stadtbürgerchaft eine Vorlage zu machen, zwecks Befreiung von Kartoffeln und Kohlen an Erwerbslose.

Senator Leske hat das Haus, den Vorlagen zuzustimmen. Es würden dadurch eine Reihe von Arbeiten, die in den Etats von 1925 vorgesehen sind, vorweggenommen.

Stadtb. Gen. Runze erklärte sich mit den vorgesehenen Arbeiten einverstanden und gab dann in scharfen Worten seiner Empörung über die deutschliberale Entschließung Ausdruck.

Demagogie höchster Art.

nach Ablehnung des Dringlichkeitsantrages nun eine Entschließung einzubringen, die den gleichen Wortlaut wie der Antrag hat. Wenn man die Arbeit nicht haben, den Erwerbslosen zu helfen, dann hätte man dem Dringlichkeitsantrag zustimmen sollen.

Mit knapper Mehrheit wurde gegen die Stimmen der Linken und einiger bürgerlicher Vertreter wurde den beiden funktionellen Krankenhäusern eine Beihilfe von je 30000 Gulden bewilligt.

Ein Mädchenmord im Großen Werder.

Noch in der Raubüberfall auf den Händler Magendanz aus Al-Rausdorf in Erinnerung, und schon wieder wird von einem neuen, schweren Ueberfall gemeldet, der sich vorgestern abend auf dem Wege Wielenz-Schönau abspielte.

Der Lehrer. Auf der hinteren, höchstgelegenen Plattform ertönt eine Stimme: „Guten Tag, Herr Lehrer! Sie kennen mich wohl nicht mehr? Bei Sie habe ich Deutsch gehabt und durch Ihnen habe ich Französisch gelernt!“

Ludwig Normann & Co. Baumaterialien-Handlung DANZIG Langgarter Wall 43 Tel. 419. Dachpappen, Steinkohlenteer, Klebemasse, Teerbürsten, Pappnägel, Kienteer, Karbolineum, Holl. Dachplatten, Biberschwänze, Dachschiefer.



# Lasset die Kindlein zu mir kommen!

Und webet ihnen nicht (§ 218)



Nur der Strenge der Staatsanwaltschaft und der Kirche verdankt ihr es, daß ihr die Freuden des Lebens genießen könnt!

## Der Dieb aus Sammelleidenschaft.

Diebstähle in den Staatsarchiven.

In Berlin war vor einigen Tagen, wie bereits gemeldet, ein Privatgelehrter Dr. phil. Karl Hand von der Kriminalpolizei unter dem Verdacht, umfangreiche Diebstähle in Staatsarchiven verübt zu haben, verhaftet. Er hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Dr. Hand war in den verschiedensten Archiven, so im Wiener Staatsarchiv und im Geheimen Staatsarchiv zu Charlottenburg beschäftigt gewesen. In letzter Zeit waren nun im Autographenhandel Briefe Friedrichs des Großen aufgetaucht, die aus dem Besitze des Wiener Staatsarchivs stammten, und dort geholt worden waren. Der Verdacht lenkte sich immer mehr gegen Dr. Karl Hand, den Sohn eines Kölner Justizrates. Mit ihm wurde der 33 Jahre alte Karl Maria von Hohenloher, der Sprößling eines uralten österreichischen Adelsgeschlechtes verhaftet. Bei der Durchsichtung der gemeinsamen Wohnung der Beiden fand man große Mengen von Autogrammen, Briefen, Siegeln aus den verschiedensten Archiven. Mehrere Archivfachverständige sind mit der Sichtung des riesigen Materials beschäftigt.

Hand erklärte bei seinem Geständnis, er sei seit früher Jugend abnorm veranlagt gewesen, weshalb sich seine Familie auch von ihm getrennt habe. Durch sein großes Wissen sei er nach und nach zur Vertrauensperson hochachtbarer Persönlichkeiten geworden und es sei ihm auch gelungen, von den Archivbesitzungen Zutritt zu den Archiven an den Tagen zu erhalten, an denen sie für das übliche Publikum gesperrt waren. Auch im Auslande konnte er sich auf Grund seiner weitreichenden Empfehlungen vor dem Kriege zum Londoner Staatsarchiv, ebenso zum holländischen und belgischen Staatsarchiv Eingang verschaffen.

Aus allen diesen Sammlungen hat Hand, ohne daß dies je bekannter wurde, sich eine große Menge kostbarer Autogramme, meist Briefe, Photographien mit Unterschriften, wertvolle historische Dokumente mit seltenen Siegeln und eigenhändig geschriebene Partituren herrlicher Komponisten angeeignet. Seinen Mitarbeiter, mit dem er in engerem Zusammenhange stand, weihte er nach und nach in die Geheimnisse seiner Sammlungen ein, so daß offenbar auch Hohenloher in den letzten Jahren Hand bei der Ausübung seiner Diebstähle behilflich war.

Nach seinen eigenen Aussagen ist Hand zu den Diebstählen verleitet worden, nicht um daraus einen persönlichen Vorteil zu ziehen, sondern, um seine anstrengende Sammelleidenschaft zu befriedigen. Er gibt an, daß er nie irgendwelche Zweckmäßigkeit habe, sondern daß es für ihn der höchste Lebensgenuß war, sich in die Briefe anderer Männer zu versetzen und ihre Unterschriften und Siegelungen, in denen diese Männer diese Unterschriften gemacht haben könnten, wahrzunehmen. Alle Sorte, die Hand kannte, bezeichnete ihn als einen sehr heikelen Isehn, verschlossenen Sonderling. Niemand, außer seinem Mitarbeiter, war es gestattet, das Zimmer zu betreten. In dem die wertvollen Briefe aufbewahrt waren, einzelne Stücke wie die Friedrichs des Großen, Edwards VII. usw. betrachtete er geradezu als Heiligtum und behütete sie mit größter Sorgfalt.

Die Untersuchung der Kriminalpolizei geht weiter, denn es zeigt sich schon jetzt, daß der Umfang der Diebstähle ein ganz gewaltiger ist. Wahrscheinlich hat sein Verbrechen Adel die Polizei angewandte Nachforschungen anzu-Hand mehrere wertvolle Briefe entwendet und sie an Selbstgemacht. Auf diese Weise kamen die Diebstähle aus Tausenden, da derartige Seltenheiten im öffentlichen Handel jedem sofort auffallen müßten. Selbst in das es Hand möglich war, nur daß in Jahre hindurch diese Diebstähle anzuhören, fehlende und kostbare Dokumente zu entwenden, ohne daß jemals irgendeine Stelle von diesen Diebstählen etwas bemerkt hat. Nur diese ungewöhnliche Unachtsamkeit machte es auch möglich, daß Hand auf Grund seiner weitreichenden Empfehlungen immer wieder an anderen Archiven Zutritt hatte und seine Diebstähle in einem

solchen Umfange ausführen konnte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Angelegenheit auch auf ein politisches Gebiet übergreifen und weitere Kreise ziehen wird.

## Das Geheimnis verschwundener Schiffe.

Außer den untergegangenen und gestrandeten Seeschiffen, für die die Seemänner den Tatbestand feststellen, werden alljährlich eine größere Anzahl von Fahrzeugen als „verschollen“ oder „unauffindbar“ bezeichnet. Das Register über solche Schiffe wird bei Lloyd, der großen englischen Versicherungs-Gesellschaft. Im Jahre 1924 ist die Zahl der bei Lloyd als verschollen erklärten Schiffe etwas niedriger als 1923 und 1922. In diesen beiden Jahren waren es je 21 Schiffe, während es 1924 8 Dampfer, 7 Segler, 1 Fischdampfer und ein Motorleichter, insgesamt also 17 Schiffe sind, über deren Verbleib sich nichts feststellen ließ.

Von einigen dieser Schiffe, unter denen sich Dampfer in der Größe von 5000 und 7000 Tonnen befinden, ist der Unfallort bekannt, aber nichts über die Ursachen, die zu ihrem Untergang führten. Von einigen anderen Fahrzeugen sind Schiffstrümmer und die Leichen der Besatzung angetrieben, während von dem Rest der Schiffe seit dem Verlassen des Ausgangshafens nichts wieder gehört und gesehen worden ist. Unter den letzteren befindet sich das einzige als verschollen erklärte deutsche Fahrzeug, das Vollschiff „Vertika“, das am 21. Mai in das Verschollenen-Register aufgenommen wurde. Das 1969 Tonnen große Schiff war in den verschiedenen Häfen von seiner ursprünglichen Besatzung verlassen worden und machte keine Heimreise von Jachon-Ville nach Hamburg mit einer Anzahl unbefahrener Besatzungsmitglieder. Es gilt als wahrscheinlich, daß das Schiff während der schweren Jannarstürme des Vorjahres im Nordatlantik untergegangen ist.

Als verschollen werden solche Schiffe bezeichnet, für die eine Verschollenen-Erklärung nicht beantragt ist. Solche Schiffe werden für 1924 insgesamt 24, davon 11 Dampfer, angegeben. Unter diesen befinden sich zwei deutsche Schiffe, der Lübecker Schoner „Helene“, über den nach seiner Ausreise von Rostock am 6. September nichts wieder bekannt geworden ist und der „Südsee-Dampfer“ „Vertika“, der am 15. September Riga mit der Besatzung nach Holland verließ und über dessen Verbleib ebenfalls keine Nachrichten vorliegen.

## Der Betriebsingenieur in der Karre.

In der Fabrik von Drenke u. Koppel in Berlin hat sich ein Zwischenfall abgespielt, den die Firma sehr ernst genommen hat, obgleich er jedem der Sinn für Humor hat, nur als ein allerdings etwas drastischer und handgreiflicher Scherz erscheinen muß.

In der Schmiedewerkstatt der genannten Firma herrschte begriffliche Entrüstung darüber, daß der Betriebsingenieur die Akkordpreise bedeutend herabgesetzt hatte. Die Arbeiter traten beim Schichtwechsel zu einer Besprechung zusammen und beschloßen, mit dem Ingenieur nicht mehr zusammenzuarbeiten, da er kein Fachmann in Schmiedearbeiten sei und man sich deshalb mit ihm nie über die Preise verständigen könne. Ehe die Besprechung der Arbeiter beendet war, erschien der Ingenieur, dem der Beschluß hinterbracht worden war, in der Werkstatt und stellte die Arbeiter zur Rede. Man bedeutete ihm, er solle die Werkstatt verlassen und nicht wieder erscheinen, sonst werde man ihn hinausjagen. Natürlich weigerte sich der Ingenieur, dieser Aufforderung nachzukommen. Da griff ein Arbeiter die vielleicht ohne ernste Absicht hingeworfene Bemerkung vom Sinauslarren auf. Er rief aus: „Eine Karre und laute Scheltend: „Bitte, Herr Ingenieur, reigen Sie ein.“ — Das tat der Ingenieur natürlich nicht, und nun wurde die Komödie zu Ende geführt. Kräftige Schmiedebefehle erfanden den Ingenieur, setzten ihn in die Karre, stellten ihn, der sich heftig wehrte, in der Karre fest und fuhren ihn vor das Tor der Werkstatt, wo er unbehelligt aussteigen konnte. Die Stimmung der Arbeiter war keineswegs feindselig, denn, wie der Ingenieur selbst angab, hat er unmittelbar nach Beendigung seiner unfreiwilligen Karrenfahrt mit den Arbeitern verhandelt und sie zur Aufnahme der Arbeit veranlaßt.

Wenn sich ein ähnlicher Vorfall in Studentenkreisen abgespielt hätte, würde man ihn als Unfug aufgefaßt und dementsprechend beurteilt haben. Aber es handelte sich um Arbeiter und darum mußte ein Exempel statuiert werden. Sechs Arbeiter, die sich an der Karrenfahrt aktiv beteiligt haben sollen, wurden entlassen und dem Strafrichter überantwortet, der aber den Vorgang nicht als sehr schwerwiegend angesehen haben kann, denn er verurteilte zwei der Angeklagten zu je 100 Mark Geldstrafe und sprach die übrigen frei, weil ihnen eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Freigesprochenen klagten nun beim Gewerbegericht gegen ihre Entlassung, die sie als unbillige Härte ansehen. Nach langer Verhandlung kam das Gericht mildernde Nach langer Verhandlung kam ein vom Gericht vorgeschlagener Vergleich zustande, wonach die Firma zwei Klägern je 300 Mark und dem dritten 50 Mark Entschädigung zahlte. Der vierte Kläger geht leer aus, weil das Gericht für erwiesen hielt, daß er bei Beginn der Fahrt gerufen hatte: „Raus mit ihm!“

## Englische Anerkennung deutscher Schiffbauten.

Das Liverpooler „Journal of Commerce“, eine der führenden englischen Schiffahrtszeitungen, brachte am 1. Januar 1925 folgende beachtenswerte Notiz über die „Passagierschiffe formstabiler Konstruktion“. „Einige Schiffe der neuen deutschen Handelsmarine scheinen britische Seefahrer in Erstansehen zu setzen. Jedermann kennt die seitlichen Anbauten, welche Kriegsschiffen in der Wasserlinie angebracht wurden, um frühzeitige Explosion von Torpedos herbeizuführen und den Schiffen eine größere Stabilität als Geschützplattform zu geben. Ein vielereilter Passagierschiff von seemannischer Schulung berichtet, daß die Deutschen ähnliche Anbauten bei ihren neuen Passagierschiffen angewandt haben, und daß die Art der Ausbuchtung dort das Rollen der Schiffe selbst in schwerer See verhindert, ohne daß die Geschwindigkeit darunter zu leiden scheint. In der Postnachricht bezeugt der Erzähler einem der deutschen Passagierschiffe formstabiler Konstruktion, das in ruhigem Gange fuhr, während der Dampfer, auf dem sich der Erzähler befand, so schwankte, daß man sich kaum auf den Füßen halten konnte. Diese deutschen Schiffe sind nach Ansicht des britischen Erzählers das wirkliche Modernste im Schiffbau.“

Zob den Krähen. In der französisch-niederländischen Kammer wurde erachtet, daß von den Krähen in einem einzigen Departement, in dem der Getreidebau die Hauptrolle spielt, jährlich 85 000 Zentner der Saat aufgefressen werden. Den Zentner berechnet die Kammer mit etwa 100 Franken, das macht eine ungeheure Summe aus. Nun wurde der Vorschlag gemacht und angenommen, daß man Bayern, Jäger, Kleintrentner und andere Bewohner der Gegend beauftragen solle, den Krähen den erbittertsten Krieg zu erklären und sie abzumurken, wo man sie anträte. Dafür werden Preise ausgesetzt wie für das Schlagen von Krähen. Man wachte schäufeln ein, ob das neue Jagdgesetz den Krähensägern nicht Gelegenheit geben würde, ein wenig seitwärts zu blinzeln und es bei den Krähen nicht bemerken zu lassen.

Der Hammel als Flohstalle. Eine eigenartige Verwendung des Hammels empfiehlt der französische Gelehrte P. Delancey im „Bulletin de la Société de Pathologie exotique“. Er erinnert daran, daß man schon früher im Volksglauben den Hammel als wirksames Mittel gegen die — Flohplage benutzte. So behandelte vor etwa 30 Jahren in kleineren spanischen Bergegebirgen der Brauch, die Schlafkammer der Reisenden dadurch von Flöhen zu befreien, daß man dort einen Hammel einquartierte. Die Methode erwies sich als gut. Der Hammel übte eine sehr deutliche Anziehungskraft auf die Flöhe aus, die sich auf ihn türmten und dadurch ihren Tod fanden. Der Floh verliert und erstickt in dem Schweiß der Hammelstalle. Er ist hier nach dem poetischen Vergleich Delanceys wie eingebettet in einen Urwald, in dem er vor Hunger umkommt. Dem Hammel bereitet es selbst ein sehr gemühtes Vergnügen, einige Stunden in einem Zimmer als Flohstalle aufgestellt zu sein. Aber diese Verwendung schadet ihm nichts, das Mittel ist einfach, praktisch und billig und wird daher von dem Gelehrten gelegentlich empfohlen.

Währungen die den Vorkriegsgoldwert erreichten.

In letzter Zeit haben die Währungen dreier Länder, die Schweiz, der Schweiz und Hollands, ihren Vorkriegsgoldwert wieder erreicht. Auch die englische Währung hat sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert...

London wieder führendes Finanzzentrum.

Es ist im Zusammenhang mit der Aufwärtsentwicklung des englischen Pfundes in den letzten Tagen die Beobachtung gemacht worden, daß deutsches Kapital, das sich bisher in New York befunden hat, nach London überführt worden ist.

Pariser Bewegung des englischen Pfundes. Der Generaldirektor hat die Wiederherstellung des Parivertrages des englischen Pfundes im Vordergrund seiner Aufmerksamkeit für alle Postanweisungen, die in Großbritannien, Irland, Australien, Neuseeland und Südafrika zahlbar sind.

Internationale Regelung des Konflikt. Auf Anregung der niederländischen Regierung sollen im März d. J. die Arbeiten der Konferenz über internationales Privatrecht im Haag wieder aufgenommen werden.

Schlechte Ernte in Argentinien. Die diesjährige Getreidernte Argentiniens soll den letzten Berichten zufolge ungenügend ausgefallen sein. Der für die Ausfuhr verbleibende Reizenüberschuß wird dieses Jahr nicht mehr als 3 bis 3 1/2 Millionen Tonnen betragen gegenüber 4 1/2 Millionen im vergangenen Jahr.

Der Thüringer Metallarbeiterstreik beendet. Der seit 14 Wochen andauernde Streik der Metallarbeiter in den verschiedenen Orten Thüringens ist jetzt endgültig beendet. Durch Vergleichsverhandlungen ist eine Einigung erzielt.

Lohnbewegung der Metallarbeiter in Bayern. In der bayerischen Metallindustrie droht ein schwerer Kampf als Folge eines völlig unzureichenden Lohnangebots der Arbeitgeber an die Angestellten.

Um die Arbeitszeit in Ostpreußen. Aus Rattowitz wird berichtet: In der Frage der Arbeitszeit ist es noch immer nicht zu einer Einigung gekommen. Gestern ist auf Ersuchen des Arbeitsministeriums eine Deputation des ostpreussischen Berg- und hüttenmännischen Vereins nach Barmen zu neuen Verhandlungen im Wirtschaftsministerium abgegangen.

Der Beamtenabbau in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und Frankreich. Kein einzelnes Land hat einen so drastischen Beamtenabbau vornehmen müssen wie Oesterreich. Auf Geheiß des Völkerbundes muß es 100 000 Beamte abbauen, um auf diese Weise die Entlastung des Staatshaushalts zu ermöglichen.

Ausnahmegebot in Südafrika geplant. Die südafrikanische Regierung hat einen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht, der eine Art Streik- und Aussperrungsverbot für die lebenswichtigen Betriebe einführen will.

In den ungarischen Kohlenruben entwickelt sich eine Streikbewegung, da die Arbeitgeber die Forderung abgelehnt haben, die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen.

Vage dieses Landes von der ungünstigen Ernte weniger bedingt, da sich seine Fleischherzeugung und Fleischausfuhr zu lohnenden Preisen in letzter Zeit sehr erhöht hat.

Neue Banknoten für das Saargebiet. Der französische Finanzminister Clement teilte der Presse mit, daß die französische Regierung, um der Inflation vorzubeugen, die Absicht hat, für das Saargebiet besondere Banknoten auszugeben.

Neuauflage in Italien über den Streik der Vira. Das anhaltende Sinken der Vira beginnt in Italien ernste Besorgnis zu erwecken. Die italienischen Bankfachverständigen sind sich über die Ursache und die Bedeutung der gegenwärtigen Tendenz nicht klar.

Sowjetrussland als Handelslieferant Frankreichs. Das russische Rohstoffprodukt hat eine Steigerung von 75 000 Tonnen Rohstoffprodukten an das französische Handelsministerium abgegeben. Dazu erklärte der Vorsitzende des Rohstoffkomitees Komoff einem Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur, daß dieser erste direkte Abschluß mit der französischen Regierung für das Sowjetland von der größten Bedeutung ist.

Eine Steigerung des polnisch-französischen Handels. Stellen die polnischen Statistiken für das Jahr 1921 fest. Danach betrug der Wert der Einfuhr aus Frankreich nach Polen in den ersten 9 Monaten 1921 26 720 000 Franken gegenüber 19 763 000 Franken im Jahre 1920.

Ford bestellt Eisen in Deutschland. Die Interborough Rapid Transit Company, eine New Yorker Untergrundbahn-Gesellschaft, verhandelte, wie der New Yorker Berichterstatter der 'N. Y.' kauft, mit deutschen Stahlwerken über die Lieferung von 5000 T. Eisen.

Ständische Anträge für die Deutsche Werft. Der Deutsche Werft in Hamburg wurde von einer spanisch-österreichischen Werft der Auftrag für den Bau von zwei großen Motorjachten für eine Geschwindigkeit von 14 1/2-15 Seemeilen pro Stunde erteilt.

Der neue Hafen in Helsingör. Die Stadtratsversammlung in Helsingör nahm den Vorschlag des Magistrats zum Bau eines neuen Hafens in Helsingör an, der etwa 10 Millionen Kronen kosten soll.

Eine türkische Seehandelskammer in Konstantinopel. Auf Anregung von Angora wurde in Konstantinopel eine neue Seehandelskammer gegründet. Ihr Aufgabe ist, verlässliche Nachrichten zu erteilen, insbesondere über die Bewegung der Seehäfen, deren Tarife und über die ferneren Streifereien zu regeln.

Abreise des amerikanischen Schiffs 'Hesperus'. Der Leiter des amerikanischen Shipping Board hat die Absicht, in der nächsten Zeit dem Shipping Board einen Plan über das Abbrechen von einer größeren Anzahl der amgelegten 900 Schiffe vorzulegen. Er hat festgestellt, daß unter dieser Zahl mindestens 40 Schiffe sind, die selbst bei der vorrätigen Rekonstruktion für den Gebrauch in der amerikanischen Handelsmarine nicht mehr in Frage kommen.

Sinnlosigkeiten im Fernsprechnetz

Aus der Zeitschrift im Fernsprechnetz.

Präsident Silbermann war aus dem Urlaub zurückgekehrt und hatte seinen gewohnten Dienst wieder aufgenommen. Die das so zugehen pflegt, alle Arbeiten haben für Kollegen für ihn doch nicht erledigen können, und manchmal war liegen geblieben. Er sprach sich in die Telefonzelle.

Sinnlosigkeiten im Fernsprechnetz

Aus der Zeitschrift im Fernsprechnetz.

„Ich habe Sie nicht verstanden. Welche Nummer wollen Sie haben?“ „Frankfurt. Sie haben mich schon paar mal falsch verstanden. Hören Sie doch bitte genau zu: fünfsechshundertsiebenundzwanzig.“

Sinnlosigkeiten im Fernsprechnetz

Aus der Zeitschrift im Fernsprechnetz.

„Haben Sie mich nun richtig verstanden?“ „— Ja jemand hier?“ „So ein Absinn. Natürlich ist jemand hier, sonst hätte es doch bei Ihnen nicht geklingelt. Sollen Sie mir nicht zunächst gefälligst sagen, wer denn dort ist?“

# Danziger Nachrichten

## Die Zentrumsparlei und der § 218.

Die Zentrumsparlei hatte am Sonntag in Neuteich eine Protestversammlung gegen die Aufhebung der §§ 218 und 219 einberufen. Anwesend waren sämtliche katholische Geistliche und Kirchenräte von Neuteich und Umgebung; selbst der alte Domherr Ties war in eigener Person erschienen. In seiner Eröffnungsrede forderte er den Schutz der Kinder und mit dem Motto: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, eröffnete er die Versammlung. Der Referent des Abends war der Zentrumsabgeordnete Hoppe. In der ihm eigenen salbungsvollen Art verurteilte er seinen Zuhörern zu beweisen, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft eine große Sünde sei. Er behauptete, daß der Ruf nach Befreiung der §§ 218 und 219 nicht aus dem Kreise der Arbeiterklasse komme, sondern aus dem Kreise der Besitzenden. Jede christliche Mutter wisse, daß ihr eine unterbliebene Seele innewohne. Vor Gottes Richterstuhl werde sie einst Rechenschaft über ihr Tun und Handeln ablegen müssen. Durch das Recht der Ehe sei es gebieterische Pflicht für zahlreichere (!!) Nachwuchs zu sorgen. Schließlich gefand er aber selbst, daß bei der heute herrschenden Wohnungsnot und der wirtschaftlichen Bedrängnis von einem Familienleben keine Rede sein könne. Recht ergötlich war seine Mahnung an die Hausbesitzer, auch den kinderreichen Familien Wohnungen zu geben: „Je mehr Kinder, je mehr Engel sind im Hause“. Ob die Hausbesitzer in sich gehen und an die Worte des Herrn Hoppe glauben und auch danach handeln werden? Mit hochwührenden Worten ging der Redner dann auf die Ehre und Heiligkeit des Mutterberufs ein. Er machte dabei den Müttern Vorwürfe, die ihre Kinder vernachlässigen. Eine Entschuldigung dafür gäbe es nicht; nicht einmal die wirtschaftliche Not wollte er als solche gelten lassen. Diese Spiele über die gar keine Rede. Wenn man jedoch weiß, wie die Mütter innerlich leiden, wenn sie zusehen müssen, wie ihre Kinder langsam dahin gehen und sie ihnen nicht einmal das allerwenigste zum Leben geben können, dann wirkt diese „christliche“ Geheuleit empörend. Mit dem hl. Bonifatius ist da nicht geholfen, wie Herr Hoppe es versuchte. Da muß schon ausreichende Nahrung, Kleidung und dergleichen geschaffen werden, weil es an diesen Dingen in den Arbeiterfamilien fehlt. Darum wird der Ruf nach einem Gesetzentwurf, der die §§ 218 und 219 in ihrer jetzigen Fassung aufhebt und die Unterbrechung der Schwangerschaft straflos werden läßt, so stark und allgemein von den Frauen erhoben.

Wenn der Referent dagegen versuchte, mit allen erdenklichen Mitteln der Versammlung klar zu machen, daß die Mütter sich nur nach dem Worte Gottes und der kirchlichen Lehre zu richten hätten, so war das wenig überzeugend. Zumal die Verkünder des Gotteswortes bereits in der Versammlung zeigten, daß sie nicht nach den Grundbächen des Christentums handeln. Trotzdem bei Bekanntmachung der Versammlung freie Redefreiheit zugesichert wurde, selbst von der Kanzel machte man auf die freie Ansprache aufmerksam, ließ man Gegner der Zentrumsparlei nicht zu Worte kommen. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Neuteich wollten durch die Genossin Malikowski ihre Ansicht über die Befreiung der §§ 218/19 zum Ausdruck bringen lassen. Aber schon bei der Wortmeldung wurde ihr überraschenderweise mitgeteilt, daß eine Diskussion nicht stattfinden werde. Diese Mitteilung hinderte den Versammlungsführer aber nicht, bald darauf einem kirchlichen Vertreter von Kaitshof das Wort zur Diskussion zu geben. Als die Genossin Malikowski nun die Versammlung auf diese ungerechte Geschäftsleitung aufmerksam machen wollte, wurde sie durch großen Lärm daran gehindert, und die Versammlungsleitung machte auch gleich von ihrem Hausrecht Gebrauch. Den Ansprüchen des hl. Bonifatius hatte sich Herr Hoppe gut eingepreßt, aber nach der Christuskirche „Nebet uns Feinde“ scheint er sich nicht richten zu wollen. Warum ließ man in dieser Versammlung nicht auch den Gegner zu Worte kommen, oder fürchtete man gar, daß durch die Ausführungen der Genossin Malikowski die in Ordnung gehaltenen Schäflein die Wahrheit erfahren und davonlaufen würden? Das Fundament der Kirche scheint schon recht morsch zu sein, sonst würde doch mindestens der Domherr den Kampf für die Kirche mit einer Frau aus dem Volke nicht geistlich haben.

## Danzigs erster Messe-Palast.

Oberbaurat Professor Dr.-Ing. Fischer hat sich auf Veranlassung der Messeleitung mit dem Projekt für den ersten Danziger Messepalast beschäftigt und diese soweit gefördert, daß die Danziger Internationale Messe A.-G. für kommenden Montag einen Vortragsabend in den Räumen der Naturforschenden Gesellschaft veranstaltet. Es handelt sich nur um Ausführungen über den geplanten Messepalast, der in Zeichnungen und Schnittbildern vorzuführen werden soll, sondern auch um die Umgestaltung des Hansaplazes. Professor Fischer verfolgt schon seit längerem diesen Projekt, um dem Hansaplaz, der nach Ansicht der Städtebauer „unmöglich“ ist, in anderer Gestalt zu geben. Auch die Pläne für dieses Projekt werden von Professor Fischer erörtert und im Bild gezeigt werden.

Ferner ist ein umfangreiches Modell des neuen Hansaplazes mit dem neuen Messepalast fertiggestellt und wird am Vortragsabend Anfertigung finden. Der Abend wird eröffnet durch einen kurzen Bericht der Messeleitung über Bauarbeiten und Ausbauten der Danziger Februarmesse. Nach Schluß des Vortrages von Professor Fischer soll ein von der Firma Anders gelegentlich der Oktobermesse aufgenommener Film vorgeführt werden. Auch der Film der Sonderausstellung der Messe vom Mai 1924 soll gezeigt werden. In der Veranstaltung haben nur geladene Gäste Zutritt.

## Ein sein Kollegium!

Eines Tages war die Polizei von dem Hauptkommissar angehen und ihr mitgeteilt, daß in einem Hause in der Straße Altes Koh zwei schwere Verbrecher wohnen. Der Kriminalpolizei gelang es, zunächst den Angehörigen zu ermitteln und festzunehmen. Es war der aus Polen zugezogene Schneider Drzewuski. In dem betreffenden Hause wurde alsdann der Kaufmann Dufow festgenommen. Der dritte im Bunde war rechtzeitig entflohen. Er erklärte nun, anscheinend weil er sich mit seinen beiden Kollegen überworfen hatte, daß sie gemeinsam in Danzig ein Geschäft mit Einbruchsdiebstahl vertrieben hätten. Er hätte Schatz gefunden, während Dufow die Einbrüche rüht habe. Wenn seine Kenntnisse in der Einbruchsdiebstahl weitgehend, trat der dritte in Aktion. Ihm widerstanden selbst Sicherheitskräfte nicht. Er wurde später als ein gewisser Großmann festgestellt und ist inzwischen verhaftet worden.

Geschlossen wurde alles, was sich irgendwie verwenden ließ. Kleidungsstücke und Wäsche wurden an Marktbesucher verkauft, die aus Polen nach Danzig gekommen waren. Gold- und Silberwaren wurden in Warschau an den Hauptmarkt.

Drzewuski gab die Diebstahle unumwunden an und überließ, wie im eingetragenen vorgegangen wurde. Er habe

aus Not gehandelt, da er wegen unheilbarer Krankheit keine Beschäftigung erhielt. Dufow bestritt jede Teilnahme, die bei ihm vorgefundenen Gegenstände will er von Dr. gekauft haben. Er ist, nachdem er in Thorn schon Bekanntschaft mit den Gerichtsbehörden gemacht hatte, seinem Transporteur entflohen und ohne Paß nach Danzig gekommen. Die drei Täter tauchten sich schon, bevor sie sich auf dem Danziger Hauptbahnhofe wiedertrafen und sich dann zu einer Einbrecher-Gesellschaft erneut verbanden. Bei Großmann, dessen richtiger Name noch nicht zweifelsfrei festgestellt, fand man eine erstklassige Kollektion von Einbrecherwerkzeugen. Er wird sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben. Jetzt standen die beiden Spieggelbesitzer zur Aburteilung. Der Staatsanwalt beantragte gegen Drzewuski eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren, gegen Dufow eine solche von 5 Jahren. Das Gericht erkannte auf 3 bzw. 4 Jahre Zuchthaus. Drzewuski nahm die Strafe an, der Mitangeklagte erklärte, Berufung einlegen zu wollen.

## Die Tragödie eines Jugendlichen.

### Ein Fürsorgeabfall vor dem Schwurgericht.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung hatte sich heute der Fürsorgeabfall Herbert Sonnabend vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte hat die Tat in Gemeinschaft mit einem anderen Fürsorgeabfall ausgeführt, der inzwischen entflohen ist.

Der Angeklagte ist 18 Jahre alt und befand sich in Silberhammer in Fürsorgeerziehung, von wo er bei einem Besitzer Nanzen in Gr.-Plehnendorf in Dienst trat. Er gibt die Beteiligung an der ihm zur Last gelegten Straftat zu und klagte besonders über schlechte Behandlung und schlechtes Essen, das er bei J. bekommen. Der Besitzer J. stellte dem Angeklagten als Arbeiter ein gutes Zeugnis aus. Auch in der Fürsorgeanstalt hat er sich recht gut geführt, so daß er schließlich in eine Stellung untergebracht werden konnte.

Anfang November verließ der Angeklagte darauf die Stellung bei J. und kehrte zunächst freiwillig nach Silberhammer zurück. (In der Anstalt war es anscheinend immerhin noch besser, als beim Besitzer.) Dort traf er mit dem Jüngling S. zusammen, der ihm erzählte, daß er schon einmal acht Monate aus der Anstalt entwichen sei und sich verborgen gehalten habe. Dann sprachen die beiden noch darüber, daß es am besten wäre, irgendeine Straftat zu begehen, um aus der Erziehungsanstalt heraus und in ein Gefängnis zu kommen, was beiden als ein besserer Aufenthaltsort erschien. Sie beschloßen daher aus der Anstalt zu entfliehen. Sie begaben sich nach Gr.-Plehnendorf, wo sie sich zunächst einen Tag herumtrieben und am 6. November v. J. nachts gegen 12 Uhr die Scheune des Besitzers J. in Brand steckten, die samt ihrem Inhalt niederbrannte.

Der Angeklagte gab zu, gemeinsam mit S. den Plan zum Anzünden der Scheune gefaßt zu haben, das Feuer selbst habe S. angezündet, indem er brennende Streichhölzer in das in der Scheune lagernde Stroh warf. Der Angeklagte bestritt nicht, daß er seinerzeit keine Stelle in harter Verbitterung verlassen und vor seinem Weggange an dem Besitzer gesagt habe: „Wenn ich hier fortgehe, passiert etwas!“

Das als Zeuge vernommene Dienstmädchen S. bestritt die Angaben des Angeklagten über schlechte Behandlung und schlechtes Essen bei dem Besitzer J., während dieser ausstufte, daß der Angeklagte sich niemals über beratener beklagt habe, was leicht erklärlich ist und auch seinen Erfolg gehabt hätte.

Das Urteil lautete trotz all dieser erschütternden Einzelheiten auf drei Jahre Gefängnis, wobei bereits mildernde Umstände berücksichtigt sein sollen. Dieses harte Urteil offenbar wiederum das mangelnde soziale Verständnis in der Justiz, es ist zugleich eine schwere Anklage gegen die Gesellschaftsordnung, die einen jungen Menschen so brutal ins Unglück stürzte.

## Die Ferien im neuen Schuljahr

Für sämtliche Orte mit höheren Schulen im Gebiete der Freien Stadt für alle Schulgattungen wie folgt festgesetzt:

**Osterferien:** Schluß des Unterrichts Donnerstag, den 2. 4. 25, Beginn des Unterrichts Donnerstag, den 16. 4. 25, 13 Tage.

**Pfingstferien:** Schluß des Unterrichts Freitag, den 29. 5. 25 mittags, Beginn des Unterrichts Dienstag, den 9. 6. 25, 10 Tage.

**Sommerferien:** Schluß des Unterrichts Dienstag, den 30. 6. 25, mittags, Beginn des Unterrichts Dienstag, den 4. 8. 25, 34 Tage.

**Herbstferien:** Schluß des Unterrichts Mittwoch, den 30. 9. 25, Beginn des Unterrichts Mittwoch, den 14. 10. 25, 13 Tage.

**Weihnachtsferien:** Schluß des Unterrichts Dienstag, den 22. 12. 25, Beginn des Unterrichts Donnerstag, den 7. 1. 26, 15 Tage.

Insgesamt betragen die Ferien 85 Tage. Die Lage der Sommer- und Herbstferien soll gemäß den bisherigen Bestimmungen später festgesetzt werden.

## Messeferien für die Petri-Kirche.

Anlässlich der III. Danziger Internationalen Messe, die vom 5. bis 8. Februar stattfindet, wird die Petri-Kirche für Ausstellungenzwecke in Anspruch genommen. Der Schulunterricht wird infolgedessen am 31. Januar geschlossen und am 13. Februar wieder aufgenommen.

## Fließergesellen und Arbeitsdienstpflichtgesetz.

In einer öffentlichen Versammlung der Fließergesellen referierte der Verbandsvorsitzende Paul Hentel-Berlin über die Kolonnenfeier der Organisation im Kampf um die Erhaltung. Ferner machte der Gewerkschaftssekretär Josef die Vorträge bekannt, folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 14. Januar 1925 im Josephshaus tagende Fließergesellen-Versammlung hat in dem Geisteswort des Senats auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht Stellung genommen. Die Versammlung erblickt in diesem Gesetz eine neue unerträgliche Belastung der arbeitenden Klasse und eine verheerende Wiedereinführung der Militärpflicht. Die vom Senat gegebene Begründung kann nur als eine vorgeschobene angesehen werden; da die Hochwasserfahrer wirklicher durch die dem Senat zur Verfügung stehende Equipen, Gewehre und technische Hilfsmittel bedrängt werden kann. Bei außerordentlichen Fällen werden auch die in Danzig bereits vorhandenen Arbeitslosen gegen entsprechende Bezahlung ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Die Versammlung lehnt es ab, sich für reaktionäre Bestrebungen mißbrauchen zu lassen, und ermahnt den Gewerkschaftsverband der Freien Stadt Danzig, die gesetzgebenden Körperschaften von dieser Stellungnahme in Kenntnis zu setzen. Von den Vertretern der Arbeiterklasse im Volkstag wird erwartet, daß sie alles daransetzen, um ein Inkrafttreten dieses Gesetzes zu verhindern.

## Vortrag über praktische Wohlfahrtspflege.

Der Landesausch für Arbeiterwohlfahrt veranstaltet am Donnerstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Karpfensteigen 26 (Sitzungsraum), einen

### Einführungsvortrag in die praktische Wohlfahrtspflege

Referent Gen. Behrend.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen, die in der Arbeiterwohlfahrt und in der städtischen Wohlfahrtspflege mitarbeiten wollen, recht zahlreich zu erscheinen.

### Landesausch für Arbeiterwohlfahrt.

## Generalversammlung der Freien Turnerschaft Langfuhr.

Die „Freie Turnerschaft Langfuhr“ hielt dieser Tage ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Turngenosse Emil Radtke, gab einen Ueberblick über die gute Entwicklung des Vereins. Er stellte fest, daß auch im Verkehr mit den Behörden — Geschäftsstelle für Gebesübungen usw. — ein annehmbares Verhältnis bis jetzt vorhanden ist. Die Einrichtung der Turnhallen mit den dazu benötigten modernen technischen Ausstattungsgegenständen lasse aber noch immer zu wünschen übrig. Es müsse erwartet werden, daß diesem Uebelstand in kurzer Zeit durch die zuständigen Stellen abgeholfen wird. Volkstag und Stadtbürgergerichte mühten sich dieser Aufgabe ganz besonders unterziehen. — Der Bericht des Kassenverwalters ließ normale Verhältnisse erkennen.

Einen breiten Rahmen nahm der technische Bericht des derzeitigen Leiters, Turngenossen Thomat, in Anspruch. Er gab ein Bild des Turnbetriebes vom letzten halben Jahre, der sich nach den Feststellungen der einzelnen Sportvertreter in guten Bahnen bewegt hat. Er schloß mit dem Wunsch an die Mitglieder — speziell aber an die Vorturner — auch weiterhin mit demselben Eifer für die Turnerei und Erziehung der Jugend mitzuwirken. Sich selbst körperlich gesund zu erhalten und den Eltern bei der körperlichen Erziehung ihrer Kinder zu helfen, soll der oberste Grundsatz eines jeden Turners sein.

In der Aussprache wurden hierbei noch der technische Leitung einige Wünsche mit auf den Weg gegeben, die beherzigt werden sollen. — Nach reichlicher Aussprache wurde die obligatorische Einführung der „Arbeiterturnzeitung“ beschlossen. Durch eine geringe Beitragserhöhung erhält jedes Mitglied zukünftig das Fachorgan, dessen Lesestoff größtes Interesse bei den Mitgliedern auslösen wird. Arbeitsloste erhalten die Zeitung ebenfalls zugestellt. Die Jugend erhält das für sie zutreffende Organ. Ferner wurde beschloßen, eine einheitliche Kleidungsform mit dem kurz veränderten Abzeichen für alle Mitglieder einzuführen. Ein Antrag, die Vorturnerschaft vom Mitbestimmungsrecht in den Versammlungen auszuschließen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Des weiteren wurden die Veranstaltungen für 1925 festgelegt, die im Rahmen wie bisher abgehalten werden sollen. Außer dem Stiftungsfest und der Weihnachtfeier sind noch in Aussicht genommen ein Frühlingstanz zum Besten der Teilnehmer an der Olympia in Frankfurt a. M. und eine sportliche Veranstaltung im Rahmen der Jugendabteilung. — Danach schloß Turngenosse Radtke mit einem kräftigen „Frei Heil“ und gemeinsamem Gelange die anregend verlaufene Hauptversammlung.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem heutigen Schlachtviehmarkt amtlich wie folgt notiert: Rinder: Ochsen: Ausgem. höchst. Schlachtwerts — Vollfleischige, jüngere und ältere 38—43. Mäßig genährte — Gering genährte — Bullen: Ausgem. höchst. Schlachtwerts 43—45. Vollfleischige, jüngere und ältere 34—37. Mäßig genährte 25—28. Gering genährte — Färren und Kühe: Ausgem. höchste Färren und Kühe höchsten Schlachtwerts 43—45. Vollfleischige Färren und Kühe 34—37. Mäßig genährte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färren 19—24. Gering genährte Färren und Kühe 10—14. Jungvieh einjähr. Ferkel 28—35. Kälber: Feinste Marktälber 75—80. Gute Marktälber 60—65. Mittlere Markt- und gute Sangtälber 50—55. Geringe Markt- und Saugtälber — Schafe: Stallmaische: Mastlamm und jüngere Mastlamm 30—32. Vollfleischige Schafvieh 18—22. Mäßig genährtes Schafvieh 12—15. Gering genährtes Schafvieh — Schweine: Fleischweize über 150 Kgr. Lebendgewicht 63—65. Vollfleisch, von 120—150 Kgr. Lebendgewicht 60—63. Fleischige von 80 bis 100 Kgr. Lebendgewicht 54—58. Fleischige Schweine unter 100 Kgr. Lebendgewicht — Unreine Sauen und Eber — Die Preise verstehen sich frei Schlachthof in Danziger Gulden. Sie enthalten sämtliche Kosten des Handels. Die werden bei Rindern bis zu 20 Prozent, bei Schweinen bis zu 15 Prozent als angemessen erachtet. Der Auftrieb vom 13. bis 19. Januar betrug: Ochsen 26, Bullen 68, Kühe 102, zusammen 214 Rinder; Kälber 91, Schafe 690, Schweine 1348. Per Marktverkauf ergab folgendes Bild: Rinder ruhig, Kälber geräumt, Schafe langsam Ueberhand, Schweine ruhig.

Ohra. Der Arbeiter-Radsportverein „Boran“ hielt dieser Tage seine diesjährige Generalversammlung in der Sporthalle, Hinterweg, ab. Nach Erledigung der reichlichen Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Dieser besteht aus den Genossen: Eugen Balke, Steindruder, l. Vorsitzender, Alfred Dolewski, Kassierer, Paul Plicht, Schriftführer. Mit einem Appell an die Mitglieder, nach Kräften mitzuwirken, daß auch der letzte Arbeiter-Radsport dem Verein angehöre, erreichte die gutbesuchte Versammlung in vorgerückter Stunde ihr Ende.

## Danziger Standesamt vom 20. Januar 1925.

Todesfälle: Ehefrau Anna Erdmann geb. Kellnowitz, 55 J. — Ehefrau Laura Siebenstiel geb. Schatzowksi, 54 J. 6 M. — Striderin Johanna Witt, 76 J. 1 M. — Ingenieur Paul Pfeiffer, 49 J. 7 M. — S. d. Arbeiters Walter Jander, 7 B. — Arbeiter Franz Neumann, 51 J. — Ehefrau Luise Lemke, 40 J. 7 M. — S. d. Gastwirts Paul Janker, 67 J. 8 M. — Arbeiter Erich Heide, 17 J. Uebelst. 1 Totgeburt, 1 Tochter.

## Ämtliche Börzen-Notierungen.

Danzig, 20. 1. 25

1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden  
1 Pfund 1,01 Danziger Gulden  
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden  
Scheck London 25,21 Danziger Gulden  
Berlin, 20. 1. 25  
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

